

# Die Parteien erinnern sich an die Sachpolitik

Legislativplan 2013–2017 Im Kantonsrat wurden 35 Anträge für Planungsbeschlüsse zu allen Departementen eingereicht

VON CHRISTIAN VON ARX

Im März – so ist es bisher vorgesehen – soll der Kantonsrat über den Massnahmenplan 2014 debattieren und entscheiden, mit dem der Kantonshaushalt wieder ins Gleichgewicht kommen soll. Doch Finanzpolitik ist nicht allein Trumpf: In der gleichen Session (18. bis 26. März) soll der Kantonsrat nämlich auch den Legislativplan 2013–2017 der Regierung beraten. Damit wird die Sachpolitik wieder etwas aus dem Schatten der Finanzpolitik treten.

Und die Solothurner Parteien scheinen die Lust auf sachpolitische Auseinandersetzungen durchaus nicht verloren zu haben: Nicht weni-

**Die SP will die Steuern senken – aber nur für die tiefen Einkommen.**

ger als 35 Anträge für Planungsbeschlüsse sind fristgerecht bis Ende November im Kantonsrat eingereicht worden. Mit einem Planungsbeschluss kann der Kantonsrat die Regierung beauftragen, ihren Legislativplan im Sinn des Parlaments zu ändern oder zu ergänzen.

## Antrags-Feuerwerk der SVP

Der Drang, der Regierung am Zeug zu flicken, ist bei den Parteien aber sehr unterschiedlich ausgeprägt. Zwei Drittel aller Anträge (genau: 23 von 35) stammen nämlich allein von der SVP, der grössten «Oppositionspartei». Die kleine Fraktion der Grünen, die ebenfalls nicht in der Regierung sitzen, steuert weitere drei Anträge bei. Aus dem «Regierungslager» von CVP, FDP und SP wurden dage-



Löst viele Anträge aus dem Kantonsrat aus: Der Sozialbereich von Landammann Peter Gomm.

BAR

gen insgesamt nur neun Änderungswünsche eingereicht, davon 4 von der SP, 3 von der CVP/EVP/GLP/BDP-Fraktion und gerademal 2 von der FDP. Die geringe Antragsfreudigkeit von FDP und CVP ist insofern logisch, als diese zwei Parteien ja vier von fünf Regierungsräten stellen und somit die Legislativziele der Regierung weitgehend diktieren können.

Der Regierungsrat hat in seinem Legislativplan die Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts über alle andern Ziele gestellt und ihr als Einzi-

ger die Priorität 1 zugeordnet. Damit ist die SVP nicht einverstanden: Sie verlangt, dass auch die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums (Arbeitsplätze schaffen) oberste Priorität in der kantonalen Politik erhält, ebenso die Dämpfung der Sozialkosten und dazu auch noch ... die polizeiliche Bekämpfung von Einbruchdiebstählen.

## Kosten senken im Sozialbereich

Natürlich spiegeln sich in den Anträgen der Parteien deren altbekannte thematische Steckenpferde. Dort,

wo verschiedene Parteien zum gleichen Thema Anträge gestellt haben, zeichnen sich aber aktuelle Brennpunkte der Sachpolitik ab. Eindeutig trifft das für die Sozialpolitik zu, wo in den letzten Jahren die Kosten, vor allem für die Einwohnergemeinden, aus dem Ruder gelaufen sind, sodass nun das zuständige Departement des Innern von Landammann Peter Gomm mit einer wahren Vorstossflut aus dem Kantonsrat eingedeckt wird. Vor allem FDP und SVP zielen dort auf Kostensenkungen. Die SP hinge-

## Staatskanzlei – 3 Anträge

### Anträge SVP:

- Vorhaben im E-Government-Bereich zur Förderung und Optimierung des elektronischen Daten- und Informationsaustauschs zwischen Gemeinden und Kanton streichen – Regierung: Nein.
- Ziel «Ausbau des E-Government» streichen – Regierung: Nein.
- Ziel «Umgang mit digitalen Dokumenten regeln und elektronische Archivierung sicherstellen» streichen – Regierung: Nein.

gen möchte speziell in der Prämienverbilligung mittelfristig noch mehr Geld ausgeben als bisher.

## Bremsen beim Lehrplan 21

Mit ebenfalls neun Anträgen zum Legislativplan steht neben dem Innendepartement (Soziales, Gesundheit, Polizei) das Bildungs- und Kulturdepartement von Regierungsrat Remo Ankli im Zentrum des Interesses. Dort möchte die SVP die Einführung des umstrittenen Lehrplans 21 ganz aus den Legislativzielen streichen, während die von der CVP angeführte Mittefraktion mit einer zeitlichen Verschiebung und der Rückstufung der Priorität den Lehrplan 21 ebenfalls deutlich bremsen will.

Im Bereich des Volkswirtschaftsdepartements markieren SVP und Grüne einmal mehr die bekannten energiepolitischen Positionen. Interessant ist, dass die SP vom Finanzdepartement eine Steuersenkung verlangt – allerdings nur für die tiefen Einkommen. Relative Windstille herrscht mit nur 4 Anträgen im Bau- und Justizdepartement von Regierungsrat Roland Fürst.

## Bildung/Kultur – 9 Anträge

### Antrag SP:

- Strategie zur Stärkung des dualen Berufsbildungssystems stärken (Einstieg aus allen Sek-I-Stufen in die Berufsbildung) – Regierung: Ja.

### Antrag CVP/EVP/GLP/BDP:

- Lehrplan 21 frühestens auf Schuljahr 2018/19 einführen (Priorität 3 statt 2) – Regierung: Nein.

### Anträge SVP:

- Vollumfänglicher Verzicht auf neue Geschäftsfelder im Bereich der Volksschule während des Reformatoriums – Regierung: Nein.
- Keine Einführung von harmonisierten Maturitäts- und Querschnittsprüfungen an den Gymnasien – Regierung: Nein.
- Streichung der Förderung der Nachholbildung (berufliche Qualifikation Erwachsener) aus den Legislativzielen – Regierung: Nein.
- Einführung des Lehrplans 21 ganz aus dem Legislativplan streichen (2 Anträge) – Regierung: Nein.
- Bildungsvorhaben im Bildungsraum Nordwestschweiz (AG, BL, BS und SO) nur diskutieren, nicht «gemeinsam entwickeln» – Regierung: Antrag steht noch aus.
- Plafonierung der Kosten für den freien Zugang zur Höheren Berufsbildung auf dem heutigen Stand – Regierung: Antrag steht noch aus.

## Bau und Justiz – 4 Anträge

### Anträge SVP:

- Optimierung des gesamten Verkehrs (öV und Privatverkehr) statt Veränderung des Modalsplits zugunsten des öV und des Langsamverkehrs mit kostenneutralen Optimierungen – Regierung: Antrag steht noch aus.
- Motorfahrzeugsteuer: Ersatzlose Streichung der Ergänzung der Hubraumbesteuerung durch ökologische Anreize (Energieeffizienz), weil das Volk dies in der Vergangenheit abgelehnt hatte – Regierung: Antrag steht noch aus.
- Anzahl der Sanierungen belasteter Standorte und Altlasten aus Kostengründen von 200 auf 100 während der Legislaturperiode senken – Regierung: Antrag steht noch aus.

### Antrag Grüne:

- Ergänzung der Strategie zur Siedlungsentwicklung um den Grundsatz: «Die Gesamtfläche des nutzbaren Kulturlandes auf Kantonsgebiet wird nicht weiter reduziert.» – Regierung: Antrag steht noch aus.

## Finanzen – 4 Anträge

### Antrag SP:

- Erhöhung der Steuerbefreiungsgrenze (Orientierung am Mittelfeld aller Kantone), sodass tiefe Einkommen nicht mehr unverhältnismässig hoch belastet werden – Regierung: Nein (Grund: hohe Steuerausfälle infolge der Notwendigkeit, sämtliche Tarifstufen um den gleichen Betrag anzuheben).

### Anträge SVP:

- Ergänzung der Stärkung von Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit: «Der Kanton Solothurn soll steuerlich attraktiver werden und sich im interkantonalen Wettbewerb im vorderen Mittelfeld positionieren» – Regierung: Antrag noch offen.
- Eliminierung des strukturellen Defizits im Finanzhaushalt nur durch Prioritätensetzung auf der Ausgabe- (ohne Erhöhung der Einnahmen) – Regierung: Nein.
- «Die staatlichen Strukturen sind zu überprüfen» (ohne: «bei Bedarf anzupassen»), «um die Leistungsfähigkeit zu verbessern» (ohne: «und zu stärken») – Regierung: Nein.

## Inneres – 9 Anträge

### Antrag SP:

- Erreichen des sozialpolitischen Ziels der Prämienverbilligung (Prämien sollen höchstens 8 Prozent des steuerbaren Einkommens ausmachen) für alle Anspruchsgruppen ab 2015 – Regierung: Nein.

### Antrag CVP/EVP/GLP/BDP:

- Lastenausgleich der Einwohnergemeinden überprüfen – Regierung: Vorlage zur Aufgabenentflechtung im Sozialbereich im Jahr 2015.

### Anträge FDP:

- Entscheid- und Finanzkompetenz im Sozialbereich auf der gleichen Staatsebene ansiedeln – Regierung: Antrag noch offen.
- Sozialhilfekosten so stabilisieren, dass sie nicht stärker wachsen als das Wirtschaftswachstum – Regierung: Antrag noch offen.

### Anträge SVP:

- Ziel «Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren» streichen – Regierung: Nein.
- Anstieg der Pflegeheimplätze bis Ende 2016 auf maximal 100 (statt 150) begrenzen – Regierung: Nein.
- Priorität des Ziels «Sozialkosten dämpfen» von 2 auf 1 erhöhen – Regierung: Nein.
- Polizeiarbeit auf die Bekämpfung von Einbruchdiebstählen fokussieren (Priorität 1) – Regierung: Nein.

### Antrag Grüne:

- Schaffung eines kantonalen Altersleitbilds – Regierung: Nein.

## Volkswirtschaft – 6 Anträge

### Antrag SP:

- Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen) erhöhen, Vorlage bis Ende der Legislatur – Regierung: Nein.

### Antrag CVP/EVP/GLP/BDP:

- Aufgabenentflechtung Kanton/Gemeinden in den Legislativplan aufnehmen – Regierung: Nein (Ausnahme: Sozialbereich, siehe Inneres).

### Anträge SVP:

- Priorität des Ziels «qualitatives wirtschaftliches Wachstum fördern» von 2 auf 1 erhöhen; Indikator für «neue Arbeitsplätze pro Jahr» von 450 auf 500 erhöhen; neuen Indikator «Anzahl Arbeitsplatzverluste pro Jahr» hinzufügen – Regierung: Nein.
- Ersatz fossiler Energieträger durch «einheimische saubere Wasserkraft und Kernenergie», also ohne Solar- und Wind- oder Geothermie (statt durch «einheimische und erneuerbare Energien», also ohne Kernenergie) – Regierung: Nein.
- Ersatzlose Streichung des Ziels im Energiebereich «Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern» – Regierung: Nein.

### Antrag Grüne:

- Zielsetzung zur Steigerung der Stromeffizienz, sodass der Stromverbrauch 2035 das Niveau von 2011 nicht überschreitet und der Strombedarf ab 2035 zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien gedeckt wird – Regierung: Nein.